

MORNING NEWS

29. August 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.039,92	-6,29	-0,03	24.046,21	DJ 30	45.636,90	71,67	0,16	45.565,23
MDAX	30.358,46	-124,47	-0,41	30.482,93	NASDAQ	23.703,45	137,60	0,58	23.565,85
TEC DAX	3.739,84	-18,55	-0,49	3.758,39	Nikkei 225	42.694,19	-134,60	-0,31	42.828,79
Euro Stoxx50	5.396,73	3,66	0,07	5.393,07	Hang Seng	25.156,89	158,07	0,63	24.998,82
Bund Future	129,64	-0,05	-0,04	129,69	Euro / US-\$	1,1664	-0,00	-0,16	1,1683
Gold in US-\$	3.408,42	-8,66	-0,25	3.417,08	Öl (Brent) US-\$	68,24	-0,38	-0,55	68,62
Bitcoin / US-\$	111.509,42	-415,11	-0,37	111.924,53	Ethereum / US-\$	4.476,20	17,58	0,39	4.458,60

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.002	-37
NASDAQ Future	23.724,75	-44,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	236,11	-0,24	-0,00	236,35	275,40	731.041,00
Nokia OJ	3,68	0,00	0,00	3,68	4,29	15.541.191,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Importpreise (m/m)	Juli	08:00	-0,3% (0,0%)
D	Importpreise (y/y)	Juli	08:00	-1,2% (-1,4%)
D	Einzelhandelsumsatz (m/m)	Juli	08:00	0,0% (1,0%)
D	Einzelhandelsumsatz (y/y), nsb	Juli	08:00	2,5% (2,4%)
D	Arbeitslose (Änderung)	August	09:55	10.000 (2.000)
USA	Bloomberg Wirtschaftsumfrage USA	August	12:00	n/a
D	VPI (m/m), vorab	August	14:00	0,0% (0,3%)
D	VPI y/y), vorab	August	14:00	2,1% (2,0%)
D	VPI – EU harmonisiert (m/m), vorab	August	14:00	0,0% (0,4%)
D	VPI – EU harmonisiert y/y), vorab	August	14:00	2,0% (1,8%)
USA	Private Einkommen	Juli	14:30	0,4% (0,3%)
USA	Private Ausgaben	Juli	14:30	0,5% (0,3%)
USA	Vorausbericht Handelsbilanz	Juli	14:30	-90,0 (-84,9) Mrd \$
USA	Lagerbestände im Großhandel (m/m), vorab	Juli	14:30	0,2% (0,1%)
USA	Einzelhandelsbestände (m/m)	Juli	14:30	0,2% (0,3%)
USA	Einkaufsmanagerindex Chicago	August	15:45	46,5 (47,1)
USA	Verbrauchervertrauen Uni Michigan, final	August	16:00	58,6 (58,6)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAAITSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	0,58 (0,57)	10-jährige Bonds	+0,250	4,20%
Volumen NASDAQ	7,78 (7,98)	30-jährige Bonds	+0,563	4,87%

(/)=Vortag

Nach den mit Spannung erwarteten **Quartalszahlen von Nvidia** hat die Wall Street am Donnerstag neue Rekorde aufgestellt. Zwar waren die Ergebnisse des KI-Chip-Herstellers am Vorabend hinter den Erwartungen der Anleger zurückgeblieben. Sie bestätigten jedoch, dass die Ausgaben für Infrastruktur im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) weiter hoch sind.

Der US-Standardwerteindex Dow Jones gewann 0,2 Prozent auf 45.637 Punkte. Der technologielastige Nasdaq rückte 0,5 Prozent auf 21.705 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 legte 0,3 Prozent auf 6502 Stellen zu. Dow und S&P verzeichneten damit neue Schlussrekorde.

Die Aktie von **Nvidia** selbst gab allerdings um 0,8 Prozent nach. Der führende Entwickler von KI-Chips hatte wegen der Handelsunsicherheiten zwischen den USA und China potenzielle China-Umsätze aus seiner Quartalsprognose ausgeklammert. Anleger interpretierten den Bericht als Bestätigung für eine weiter starke KI-Nachfrage. Andere Schwergewichte aus dem Sektor legten ebenfalls zu: Die Papiere von **Alphabet** gewannen zwei Prozent, **Amazon** stiegen um 1,1 Prozent und der Chiphersteller **Broadcom** zog um 2,8 Prozent an.

"Nvidia ist eine solche Ausnahmerecheinung, dass man die Zahlen nur im Vergleich zu den schier unmöglichen Erwartungen als enttäuschend bezeichnen kann", sagte Ross Mayfield, Anlagestrategie bei Baird. "Es ist klar, dass der wichtigste strukturelle Treiber dieses Marktes, nämlich die KI, nicht verschwinden oder sich abkühlen wird."

Angespannt blieben die Investoren wegen der **nahenden Ratssitzung der US-Notenbank** Fed im September, bei der erstmals in diesem Jahr die **Zinsen** gesenkt werden dürften. Händler schätzen die Wahrscheinlichkeit für einen solchen Schritt auf rund 89 Prozent. Unerwartet niedrige wöchentliche Anträge auf Arbeitslosenhilfe sowie erholte Unternehmensgewinne im zweiten Quartal linderten die Sorgen vor einer Konjunkturabkühlung.

Im Fokus stehen nun die am Freitag anstehenden Daten zu den persönlichen Konsumausgaben (PCE), dem bevorzugten Inflationsmaß der Fed. Ein überraschender Anstieg der Teuerung könnte die Zinssenkungshoffnungen dämpfen. Der Dollar geriet angesichts der anhaltenden Diskussion um die Unabhängigkeit der Fed unter Druck. Der **Dollar-Index** gab 0,2 Prozent auf 97,885 Punkte nach. Die von US-Präsident Donald Trump beschlossene Entlassung der Fed-Direktorin Lisa Cook wird nun vor Gericht verhandelt.

Für gute Stimmung sorgten hingegen Bilanzen im Technologiesektor. Die Aktien von **Snowflake** legten um 20,3 Prozent zu, nachdem das Datenanalyse-Unternehmen seine Umsatz- und Margenprognose angehoben hatte. Hintergrund ist die starke Nachfrage nach Datenanalysediensten, die durch steigende Ausgaben für KI angetrieben wird.

Auch die Aktien von **HP** legten nach besser als erwarteten Quartalszahlen um 4,6 Prozent zu. Der Computerhersteller profitierte von einer wachsenden Nachfrage nach KI-gestützten PCs.

Die Papiere des Lebensmittelkonzerns **Hormel Foods** brachen dagegen nach einer gesenkten Gewinnprognose um 13,1 Prozent ein.

US Unternehmen

Der milliardenschwere Einstieg der **US-Regierung** bei **Intel** ist nach Angaben des Weißen Hauses noch nicht endgültig besiegelt, obwohl der Chipkonzern bereits eine Zahlung erhalten hat. Das Geld aus der von Präsident Donald Trump ausgehandelten Vereinbarung sei am Mittwochabend eingegangen, sagte Finanzchef David Zinsner am Donnerstag auf einer Investorenkonferenz. Es handelt sich um **5,7 Milliarden Dollar** für einen **Anteil von zehn Prozent**. Die Beteiligung sei ein Anreiz für Intel, die Kontrolle über sein Auftragsfertigungsgeschäft (Foundry) zu behalten, erklärte Zinsner. Die

Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, sagte jedoch, das Abkommen werde vom Handelsministerium noch ausgearbeitet. Die Vereinbarung werde "intensiv diskutiert" (Reuters).

Der Boom bei Servern für Künstliche Intelligenz (KI) beflügelt das Geschäft von **Dell** und veranlasst den US-Computerhersteller zur Anhebung seiner Jahresprognose. Die Aktie gab am Donnerstag nachbörslich jedoch um mehr als vier Prozent nach. Grund dafür war ein Gewinnausblick für das dritte Quartal, der unter den Erwartungen der Analysten lag. Für das laufende Geschäftsjahr rechnet der Konzern mit einem Umsatz zwischen 105 und 109 Milliarden Dollar, nachdem er zuvor von 101 bis 105 Milliarden Dollar ausgegangen war. Der bereinigte Gewinn je Aktie soll 9,55 Dollar erreichen statt der bisher von LSEG prognostizierten 9,40 Dollar. Für das dritte Quartal stellte Dell jedoch einen bereinigten Gewinn von 2,45 Dollar je Aktie in Aussicht und verfehlte damit die Analystenschätzung von 2,55 Dollar. Die Umsatzprognose für das Quartal von 26,5 bis 27,5 Milliarden Dollar lag hingegen über den Erwartungen. Dell rechnet nun für das Geschäftsjahr 2026 mit einem Umsatz von 20 Milliarden Dollar aus der Lieferung von KI-Servern, nach einer früheren Prognose von 15 Milliarden Dollar. Zu den Kunden für diese Server gehören unter anderem das KI-Start-up xAI des Tech-Milliardärs Elon Musk. Die hohen Produktionskosten und der starke Wettbewerb in diesem Segment belasten jedoch die Margen der Anbieter. Das klassische Geschäft mit PCs wuchs im abgelaufenen Quartal dagegen nur um ein Prozent auf 12,50 Milliarden Dollar. Im abgelaufenen zweiten Quartal übertraf Dell die Erwartungen. Der Umsatz lag bei 29,78 Milliarden Dollar und damit über den Schätzungen von 29,17 Milliarden. Der bereinigte Gewinn von 2,32 Dollar je Aktie übertraf ebenfalls leicht die Schätzungen von 2,30 Dollar (Reuters).

Kaufzurückhaltung der Kunden und die Belastungen durch US-Zölle setzen **Gap** zu. Der US-Bekleidungskonzern senkte am Donnerstag seine Prognose für die operative Marge und schickte damit seine Aktie auf Talfahrt. Für das Gesamtjahr werde nun eine Marge zwischen 6,7 und 7,0 Prozent erwartet, teilte Gap mit. Darin sei ein Zolleffekt von 100 bis 110 Basispunkten enthalten. 2024 hatte die Marge noch bei 7,4 Prozent gelegen. Im zweiten Quartal verfehlte Gap zudem die Erwartungen der Analysten. Der flächenbereinigte Umsatz stieg um ein Prozent, während Experten laut LSEG-Daten mit einem Plus von 2,26 Prozent gerechnet hatten. Der bereinigte Gewinn je Aktie übertraf mit 57 Cent jedoch die Schätzungen um zwei Cent. Die Aktie gab im nachbörslichen Handel um rund fünf Prozent nach. Inflation und die Unsicherheit durch die Handelspolitik der US-Regierung hätten die Konsumausgaben gebremst, hieß es. Dies erschwere es Konzernchef Richard Dickson, die Marken neu zu beleben. Während die günstigeren Marken Old Navy und Gap im Quartal bis Anfang August jeweils um ein Prozent zulegten, sanken die Umsätze bei den teureren Marken Banana Republic und Athleta. Die Sportmarke Athleta setzte ihren Abwärtstrend mit einem Minus von elf Prozent fort (Reuters).

Marvell Technology hat mit einem schwachen Ausblick auf das laufende Quartal die Anleger verschreckt. Die Aktie des Chip-Herstellers fiel am Donnerstag nachbörslich zunächst um acht Prozent. Als Grund für die Zurückhaltung nannte das Unternehmen die konjunkturelle Unsicherheit und Sorgen über Zölle, die die Ausgaben der Kunden und die Gesamtnachfrage belasteten. Für das dritte Quartal rechnet der Konzern mit einem Umsatz von 2,06 Milliarden Dollar, plus oder minus fünf Prozent. Analysten hatten laut LSEG-Daten im Schnitt mit 2,11 Milliarden Dollar gerechnet. Im abgelaufenen zweiten Quartal, das am 2. August endete, erzielte Marvell einen Umsatz von 2,01 Milliarden Dollar und entsprach damit den Erwartungen der Analysten. Marvell profitiert eigentlich vom wachsenden Bedarf an Spezialchips für Künstliche Intelligenz (KI). Die US-Zollpolitik und die damit verbundene Verunsicherung machen dem Konzern jedoch zu schaffen. Aus diesem Grund hatte das Unternehmen bereits seinen Investorentag verschoben. Vor einigen Monaten hatte Marvell zudem seine Sparte für Netzwerk-Komponenten für Automobile für 2,5 Milliarden Dollar an den deutschen Chipkonzern Infineon verkauft (Reuters).

Die **Verhandlungen mit der US-Regierung** über den Verkauf einer leistungsreduzierten Version des neuen **Blackwell-KI-Chips** nach **China** dürften **Nvidia**-Chef Jensen Huang zufolge noch einige Zeit dauern. Er habe die Gespräche begonnen, sagte Huang am Donnerstag dem Sender Fox Business News. Präsident Donald Trump verstehe jedoch, dass es den USA helfe, den Wettlauf bei der Künstlichen Intelligenz (KI) zu gewinnen, wenn die Welt ihre KI auf amerikanischer Technologie aufbaue (Reuters).

Milliardär und Tesla-Chef **Elon Musk** hat am Donnerstag einen **Antrag auf Abweisung einer Klage** der US-Börsenaufsicht **SEC** gestellt. Die Behörde wirft ihm vor, im Jahr 2022 seine damals große Beteiligung an Twitter zu spät offengelegt zu haben. Musk hatte das soziale Netzwerk später gekauft und in X umbenannt (Reuters).

Marktmeldungen

Deutschland und **Frankreich** wollen bei dem gemeinsamen **Ministerrat am Freitag** nach Angaben des französischen Präsidenten Emmanuel Macron acht Strategiepapiere beschließen und 20 sogenannte **Leuchtturmprojekte** festlegen. Man habe dies seit einem Treffen im Frühjahr vorbereitet, sagte Macron am Donnerstag vor einem Treffen mit Kanzler Friedrich Merz auf seinem Sommersitz im südfranzösischen Bregancon. Die Papiere sollen auf drei Sitzungen der Kabinette beider Länder beschlossen werden. Macron nannte Industrie, Technologie, Forschung, Quantenphysik, künstliche Intelligenz und Verteidigungsindustrie als Sektoren für gemeinsame Projekte (Reuters).

Deutschland und **Frankreich** wollen nach Angaben von Kanzler Friedrich Merz Druck auf die **EU-Kommission** ausüben, damit diese **Entbürokratisierungs-Initiativen** auch umsetzt. "Wir versuchen auch in der Europäischen Union gemeinsam Akzente zu setzen, auch einige Projekte voranzubringen", sagte er am Donnerstag vor einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron auf dessen Sommersitz im südfranzösischen Bregancon. "Wir versuchen die EU-Kommission auch eng zu begleiten und zu unterstützen auf dem Weg hin zu einer wirklich durchgreifenden Entbürokratisierung in Europa", betonte er (Reuters).

Fed-Gouverneur Christopher Waller hat sich für eine **baldige Zinssenkung** in den USA ausgesprochen, um einen Einbruch am Arbeitsmarkt zu verhindern. Er werde eine Senkung um 0,25 Prozentpunkte auf der Fed-Sitzung am 16. und 17. September unterstützen, sagte Waller laut Redetext für eine Veranstaltung in Miami. "Es gibt Anzeichen für einen schwächer werdenden Arbeitsmarkt, und ich befürchte, dass sich die Bedingungen weiter und recht schnell verschlechtern könnten." Die US-Notenbank Fed dürfe nicht darauf warten und damit Gefahr laufen, mit ihrer Geldpolitik den Entwicklungen hinterherzuhinken (Reuters).

Beim **Absturz** eines **F-16-Kampffjets** der **polnischen Luftwaffe** in Zentralpolen ist der Pilot ums Leben gekommen. Dies bestätigte ein Regierungssprecher am Donnerstag. Der Unfall ereignete sich während der Probe für eine Flugschau in Radom. Polnischen Medien zufolge stürzte die Maschine gegen 19.30 Uhr Ortszeit auf die Landebahn und beschädigte sie. Die für das Wochenende geplante Veranstaltung wurde abgesagt. Der Verteidigungsminister sei auf dem Weg zur Absturzstelle, hieß es weiter (Reuters).

Bei dem schweren **russischen Luftangriff** auf die ukrainische Hauptstadt **Kiew** sind nach Behördenangaben mindestens 23 Menschen gestorben. Die Rettungskräfte suchten in der Nacht zum Freitag weiterhin nach verschütteten Menschen (Reuters).

Kanzler Friedrich Merz glaubt nicht mehr an ein **Treffen von Russlands Präsident** Wladimir Putin mit dem **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj. Offensichtlich komme dies nicht mehr zustande, sagt Merz im französischen Bregancon (Reuters).

US-Präsident Donald Trump zeigt sich verärgert über den **jüngsten russischen Angriff** auf die **Ukraine** mit mindestens 23 Toten. Er sei über die Nachricht nicht erfreut, aber auch nicht überrascht, sagt die Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj fordert laut seiner offiziellen Internetseite von den europäischen Verbündeten **konkrete Sicherheitsgarantien** für sein Land. Bei einer Videoschalte mit dem polnischen Präsidenten Karol Nawrocki und den Staats- und Regierungschefs von Estland, Lettland, Litauen und Dänemark am Donnerstag sagte Selenskyj demnach, es brauche klare Antworten darauf, wer der Ukraine bei einem erneuten russischen Angriff "zu Lande, in der Luft und zur See" helfen werde. Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gehe es weiterhin nur darum, den Krieg fortzusetzen. Die Sicherheitsgarantien für die Ukraine, denen US-Präsident Donald Trump zugestimmt habe,

würden seit einer Woche diskutiert. Es sei wichtig, dass Trump die gemeinsame Entschlossenheit Europas sehe, den Krieg zu beenden (Reuters).

Die **USA** schaffen die **Zollfreigrenze für Paketsendungen** mit einem Wert von unter 800 Dollar dauerhaft ab. Laut Aussagen von US-Regierungsvertretern können Postdienstleister ab Mitternacht(Ortszeit) für eine Übergangszeit von sechs Monaten je nach Herkunftsland eine Pauschalgebühr zwischen 80 und 200 Dollar pro Paket zahlen. Nach Ablauf der Frist werde die US-Zollbehörde CBP auf alle weltweiten Paketeinfuhren die normalen Zollsätze erheben. Laut dem Handelsberater des Weißen Hauses, Peter Navarro, soll die Schließung dieses "Schlupflochs für tödliche Drogen" tausende amerikanische Leben retten. Zudem werde die Maßnahme dem US-Finanzministerium Zolleinnahmen von bis zu zehn Milliarden Dollar pro Jahr einbringen. Ausnahmen für vertrauenswürdige Partnerländer werde es nicht geben (Reuters).

Die **japanische Industrieproduktion** ist im Juli stärker als erwartet zurückgegangen und schürt damit Sorgen über die Konjunkturentwicklung im Land. Laut Regierungsdaten fiel die Industrieproduktion um 1,6 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Von Reuters befragte Analysten hatten lediglich mit einem Rückgang von 1,0 Prozent gerechnet. Auch der private Konsum entwickelte sich schwächer als prognostiziert: Die Einzelhandelsumsätze stiegen im Juli im Jahresvergleich nur um 0,3 Prozent, während Ökonomen ein Plus von 1,8 Prozent erwartet hatten. Für die kommenden Monate geben die vom Wirtschaftsministerium befragten Hersteller einen gemischten Ausblick. Sie erwarten für August ein Produktionswachstum von 2,8 Prozent. Für September rechnen sie mit einem Rückgang um 0,3 Prozent.

Immobilien

Der österreichische Immobilienkonzern **CPI Europe** hat im ersten Halbjahr dank einer positiven Bewertung seiner Immobilien den Gewinn gesteigert. Das Konzernergebnis stieg vorläufigen Berechnungen zufolge auf 211 von 43 Millionen Euro, wie die frühere Immofinanz AG mitteilte. Dies sei vor allem auf ein positives Bewertungsergebnis aus Bestandsimmobilien zurückzuführen, was eine Stabilisierung des Marktumfelds widerspiegele. Die Mieterlöse sanken dagegen wegen strategischer Verkäufe von Immobilien um rund vier Prozent auf 280,6 Millionen Euro. Der für die Branche wichtige operative Gewinn FFO 1 schrumpfte um 12,4 Prozent auf 131,3 Millionen Euro. Negative Bewertungseffekte bei Zinsderivaten belasteten das Ergebnis (Reuters).

Lebensmittel / Getränke

Der Essenslieferdienst **Delivery Hero** stellt wegen drohender Nachzahlungen und Strafen die Zukunft seiner spanischen Tochter **Glovo** infrage. Glovo sei zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen und Strafen ausgesetzt, teilte das Unternehmen am Donnerstag in seinem Geschäftsbericht mit. Die Rückstellungen für Risiken aus der Einstufung der Fahrer beliefen sich auf 562 Millionen bis 923 Millionen Euro, hauptsächlich in Spanien. "Sollten diese Risiken in vollem Umfang eintreten, könnten die Zahlungen nicht aus dem operativen Geschäft ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung durch Delivery Hero geleistet werden", hieß es weiter. Daher bestehe eine "erhebliche Unsicherheit" über den Fortbestand von Glovo Spanien als stabiles Unternehmen (Reuters).

Öl & Gas

Das **russische Öl-Exportterminal Ust-Luga** wird Insidern zufolge im **September** nach ukrainischen Drohnenangriffen nur mit **halber Kapazität** arbeiten. Grund seien **Schäden an der Pipeline-Infrastruktur** nach Angriffen auf die Pumpstation Unetscha in der russischen Region Brjansk, erfährt die Nachrichtenagentur Reuters von zwei Industrievertretern. Die ausfallenden Ölmengen sollen zu den Häfen Primorsk und Noworossijsk umgeleitet werden. Die Reparatur sei in Arbeit, ein Zeitrahmen dafür wurde jedoch nicht genannt (Reuters).



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

